

ARGENTINIEN

Explosive Mischung



Buenos Aires am vergangenen Montag: Linke Gruppen demonstrieren vor der 'Banco Central' gegen die Abwertung des argentinischen Peso.

(Foto: EPA)

Die Massenrevolte in Argentinien war spontan und brauchte keine Führung einer politischen Avantgarde.

Die argentinische Bevölkerung gewinnt wieder Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten. Sie ist verzweifelt und hat sozusagen Wut akkumuliert. Schnell aufeinanderfolgende Demonstrationen auf den Straßen – einmal konnten die Revoltierenden sogar bis ins Innere des Kongressgebäudes vordringen – haben in den letzten zwei Wochen den Eindruck hinterlassen, dass die staatlichen Institutionen instabiler nicht sein könnten.

Aber die "soziale Explosion" ist mit den klassischen Vorstellungen von Macht nicht zu begreifen. "Die liberale Predigt und die institutionalisierte Art und Weise,

die Politik zu verstehen, laufen ins Leere. Der bürgerliche Liberalismus dreht sich im Kreis und ist verwirrt inmitten des dicken Rauchs der brennenden Reifen und der Brände auf den Straßen", erklärt Néstor Kohan, Dozent an der Volkshochschule Madres de la Plaza de Mayo.

Und tatsächlich waren in den letzten Wochen die Straßen von Buenos Aires wie von Córdoba oder von anderen Städten der Provinz gefüllt von unterschiedlichsten Menschen, vom Mittelschichtsbürger über Arbeitslose bis hin zu verschiedenen linken Gruppen. Auch der trotzkistische Partido de Tra-

bajadores por el Socialismo (PST) möchte Teil dessen sein, was man heute als "die revolutionären Tage vom 19. und 20. Dezember" bezeichnet, als der damalige Präsident Fernando de la Rúa sich im Hubschrauber aus der Casa Rosada, dem Sitz der Exekutive, absetzte.

Trotz der Anwesenheit vieler marxistischer Organisationen mit den unterschiedlichsten Bezeichnungen waren die Demonstrationen überwiegend führungslos, spontan und anarchisch. Überraschenderweise hat sich die argentinische Bevölkerung selbst mobilisiert. Sie erhielt keinen Befehl und übte genau

die Gewalt aus, die sie für notwendig hielt, um gegen die politische Klasse und die mächtigen traditionellen Parteien zu protestieren, gegen die Unión Civica Radical (UCR) und den Partido Justicialista (PJ). Indymedia Argentina zufolge ertönten während der Proteste Rufe wie: "Que se vayan todos, que no quede ni un solo" (etwa: "Dass alle verschwinden, dass kein einziger mehr bleibt!") und "Ohne Peronisten, ohne Radikale werden wir besser leben!".

"Es war die explosive Mischung aus vier Jahren Rezession, der neuen Armut, der gewöhnlichen Verbrecher, des politischen Aktivismus und der überschäumenden polizeilichen Repression", bemerkten Daniel Santoro und Guido Braslawasky am 23. Dezember in Clarín, der argentinischen Tageszeitung mit der höchsten Auflage.

Schon vor den jüngsten Ereignissen stellte Alfredo Moffat, ein Sozialpsychologe an der Volkshochschule Madres de la Plaza de Mayo, fest: "Wenn eine verzweifelte Bevölkerung merkt, dass sie keinen Ausweg hat, wird sie für die Macht sehr gefährlich. Wenn sie nichts zu verlieren hat, kann man sie nicht kontrollieren. Wenn es Arbeitslosigkeit und Hunger gibt, verlieren die Ausgeschlossenen die Angst vor dem Tod, und es ist ihnen egal, ob man mit einer Waffe auf sie zielt oder nicht."

Proteste mit Töpfen und Pfannen

Auch James Petras, ein Lateinamerikanist aus den USA, argumentiert in diesem Sinne: "Die Bewegungen beschäftigungsloser Arbeiter und ihre direkten Aktionen mit Straßenblockaden waren die Generalprobe für den Argentinazo", wie die jüngste Massenrevolte auch genannt wird. Bereits Mitte August hatten etwa 150.000 Demonstranten die Straßen erobert, um mit einem weiteren Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik zu protestieren, die der damalige neoliberale Wirtschaftsminister Domingo Cavallo betrieb.

Der neue Typ des Aufstandes, der jüngst geprobt wurde, hat bei Politikern, Politologen und Journalisten ein großes Fragezeichen hinterlassen. In einem Interview mit Clarín, das am 23. Dezember erschien, erklärte der Bürgermeister von La Matanza, wo verschiedene Supermärkte geplündert worden waren, dass bei verschiedenen Gelegenheiten "Drogenhändler und 'Schlingel', die für sie arbeiten", intervenierten.

Antiautoritäre sehen in diesen Interventionen einen weiteren Versuch der politischen Klasse, die Macht auf der Straße zu diskreditieren. In derselben Ausgabe beschreibt Clarín ausführlich, dass "die Bürger, die spontan auf die Straße gegangen waren, um zu protestieren, allmählich von Militanten aus linken Parteien, gewerkschaftlichen Aktivisten [...] und 'Carapintadas' [ultrarechten Militaristen, d. R.] ersetzt

wurden". Zweifellos ist es diesen Gruppen nicht gelungen, die Bewegung zu lenken, die ihnen schon aus den Händen geglitten war.

Die argentinischen Geheimdienste versuchten jedenfalls, eine künstliche Erklärung für die Ereignisse zu schaffen. Sie verwiesen auf "Aktivisten des Partido Obrero (Arbeiterpartei), der Izquierda Unida (Vereinigte Linke, bestehend aus Kommunisten und legalistischen Linken) und der Mas (Trotzkisten), die neben anderen als Teil der 2.000 Demonstranten am Donnerstag (20. Dezember) rund um den Plaza de Mayo (im Zentrum von Buenos Aires) mit der Bundespolizei zusammenstießen".

Ein situationistisch inspiriertes Kollektiv sieht das anders: "Der Typ der Kämpfe und die ideologische Zusammensetzung der sozialen Subjekte, die diese in unserer Geschichte neue Massenrebellion auslösten, waren offenkundig unterschiedlich und nuanciert."

Die Gruppe präzisiert, dass sich in diesen Tagen unterschiedliche Strömungen trafen. Die bislang unpolitisierte städtische Bevölkerung, die mit Kochtopf und Pfanne in der Hand sang; nationalistische Extremisten mit starken Sympathien für die peronistische Rechte (PJ) oder auch für Militärs mit "patriotischer" Rhetorik wie Seineldin ('Carapintada'-Führer); und Teile der revolutionären Linken, denen es gelang, den engen Rahmen zu überwinden, in dem sie sich sonst bewegen. Auf den Straßen und auf den Barrikaden konnten sie echten Einfluss auf die Massen erlangen.

Die darauffolgenden politischen Schritte werden je nach politischer Sichtweise eingeschätzt. Am 22. Dezember kündigte die argentinische KP an, dass nun "die Stunde der Linken" gekommen sei; "deshalb ist die Einheit von ihnen allen notwendig, um gemeinsam mit einer wirklichen politischen Alternative, die nationale Befreiung, soziale Gerechtigkeit und das Glück unseres Volkes erringt, der Verfassung Leben einzuhauchen".

Die linksbürgerlich Zeitung Página 12 griff am 2. Januar einen weitergehenden Vorschlag von Vilma Ripoll, einer Abgeordneten der Izquierda Unida aus Buenos Aires, auf: "Eine provisorische Regierung der Linken, um zu Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung aufzurufen, denn die Bevölkerung fordert, dass sich alles ändern soll." Die Amtseinstellung von Duhalde hingegen sei lediglich "eine neue Falle", meinte sie.

"Wir dürfen nicht aus dem Blick verlieren", schlussfolgert Néstor Kohan, "dass es zum ersten Mal in der argentinischen Geschichte einer kämpfenden Bevölkerung gelang, eine Regierung zu stürzen." Und nicht den Militärs wie sonst.

Andrés Pérez González
Santiago de Chile

In der Klemme

Auch die letzten Warnsignale konnten Eduardo Duhalde nicht beirren. Noch in der Nacht zum Freitag hatten sich in einer TV-Blitzumfrage 83 Prozent der Zuschauer gegen eine Abwertung ihrer Währung ausgesprochen. Doch der argentinische Staatschef blieb dabei. Die Eins-zu-Eins-Bindung des Peso an den Dollar wird aufgehoben. Aber nicht nur in der Bevölkerung, auch im Parlament und bei spanischen Investoren stieß diese Entscheidung auf Unmut.

Pest oder Cholera: Argentinien ist pleite, und welchen Weg die Regierung auch einschlägt, der Ärger ist vorprogrammiert. Zwar kann eine Abwertung des Peso den Export beleben, Importe aber werden unbezahlbar, und die innenpolitische Situation dürfte sich verschlimmern. Schon vorab stiegen die Preise um bis zu 60 Prozent, Medikamente verschwanden gleich ganz vom Ladentisch, um später teuer verkauft zu werden. Eine Inflation, wie sie das Land Ende der achtziger Jahre in den Ruin getrieben hat, ist nicht auszuschließen.

Auch Duhaldes Versuche, in der Mittelklasse wieder für Ruhe zu sorgen, sind zum Scheitern verurteilt. Schließlich sieht sein Notstandsprogramm nicht vor, die Sperrung von Sparkonten aufzuheben. Argentiniers Kontoinhaber dürfen also weiterhin höchstens 250 Dollar wöchentlich abheben – eine Maßnahme, die verhindern soll, dass noch die letzten Devisen außer Landes geschafft werden.

Die entscheidenden Umsätze bleiben ohnehin nicht in Argentinien. Im großen Stil verscherbte der peronistische Ex-Staatschef Carlos Menem in den neunziger Jahren quasi alles, was der Staat zu bieten hatte: die Ölindustrie, Eisenbahn- und Fluggesellschaften sowie die Banken. Die Wasser-, Gas-, Strom- und Telefonversorgung wurden privatisiert. Vor allem spanische Unternehmer investierten in die abgehalfteten Betriebe. Diese Privatisierung, angereichert durch die landesübliche Korruption und eine Dollarbindung, die den Staat international konkurrenzunfähig machte,

führten in die Auslandsverschuldung von heute 141 Milliarden Dollar.

Der Spielraum für Duhaldes Protektionismus ist jedoch gering. So will die Regierung die Preise für Wasser, Strom und Telefon auf Pesobasis einfrieren und kleinere Kredite in die einheimische Währung umwandeln. Damit sollen diejenigen geschützt werden, die ihre Autos, Farbfernseher oder Maschinen auf Dollaranleihe gekauft haben.

Doch solche Versuche, die heftigsten Folgen des anstehenden sozialen Massakers abzumildern, riefen das spanische Kapital auf den Plan. Noch vor der Debatte im Parlament intervenierte Spaniens Staatschef José Maria Aznar bei Duhalde. Zehn bis zwölf Milliarden würden allein den Banken flöten gehen, hieß es aus Madrid. Und der Ölkonzern Repsol monierte vorsorglich 8,5 Prozent Verluste für den Fall, dass Duhalde seine Sozialmaßnahmen mit einer Steuer für Erdölexporte unterstützen will.

Dass man in Buenos Aires dennoch an diesen Maßnahmen festhielt, die die Revolte eindämmen sollen, ging nicht ohne eingehende Konzessionen vonstatten. Für den Fall, dass es Probleme gebe, machte Aznar deutlich, müssten "wichtige europäische Investoren" eben einen anderen Weg suchen. Vorab ließ er sich garantieren, dass Argentinien notfalls neue Schulden aufnehmen werde, um die Erdöl-Exportsteuern zu kompensieren. Ob da der IWF mitmacht, steht auf einem anderen Blatt. Zwar finanzierte der Fonds in den Neunzigern munter Menems Liberalisierungs- und Verschuldungspolitik, im vergangenen Jahr aber verlangte er eine rigide Haushaltsführung, die letztlich zu den Eskalationen der letzten Monate führte. Auch hier wird sich Duhalde spätestens seit den Zurechtweisungen aus Madrid keine Hoffnungen machen. Hatte er noch Ende Dezember angekündigt, die Zahlungen an internationale Gläubiger vorerst einzustellen, so mochte er jetzt nur noch von der "Möglichkeit" reden, die Auslandschulden "neu zu verhandeln".

Wolf-Dieter Vogel